

China - unaufhaltsamer Machtfaktor?

Umbach, Frank

Veröffentlichungsversion / Published Version

Sammelwerksbeitrag / collection article

Zur Verfügung gestellt in Kooperation mit / provided in cooperation with:

SSG Sozialwissenschaften, USB Köln

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Umbach, F. (2001). China - unaufhaltsamer Machtfaktor? In E. Reiter (Hrsg.), *Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2001* (S. 749-776). Hamburg: Mittler. <https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-121900>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

FRANK UMBACH

China – unaufhaltsamer Machtfaktor?¹

publiziert in:

Erich Reiter (Hrsg.), Jahrbuch für Sicherheitspolitik 2001, Verlag E.S. Mittler & Sohn GmbH, Hamburg-Berlin-Bonn 2000, S. 749-776.

Mit Dank an den Herausgeber Erich Reiter und den Mittler-Verlag für die Möglichkeit der Veröffentlichung auf der Webseite der DGAP (www.dgap.org)

Einführung: Die Bedeutung des jüngsten sino-amerikanischen Konfliktes für die regionale Stabilität

Der Konflikt zwischen der VR China und den USA infolge der Kollision eines amerikanischen Aufklärungsflugzeuges mit einem chinesischen Jagdflugzeug am 1. April dieses Jahres im Südchinesischen Meer hat erneut Fragen nach Möglichkeiten und Grenzen der Einbindung Chinas in das internationale Staatensystem des 21. Jahrhunderts und den zukünftigen ordnungspolitischen Strukturen in dieser aufstrebenden, aber sicherheitspolitisch brisanten Weltregion aufgeworfen.

Der Konflikt signalisierte zugleich, dass die politische Führung Chinas um *Jiang Zemin* bei zwei Fragen offenbar kaum willens oder innenpolitisch in der Lage ist, sich in ihrer Politik von langfristigen regionalen Stabilitätsinteressen und völkerrechtlichen Prinzipien statt engstirnig und kurzfristig definierten nationalen Sicherheitsinteressen leiten zu lassen. Diese beiden Fragen sind die offene Taiwanfrage, also die einer baldigen Wie-

1 Diese Analyse ist im Rahmen eines Forschungsprojektes der Volkswagen-Stiftung am Forschungsinstitut der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik (DGAP) in Berlin entstanden.

dervereinigung unter Beijinger Führung (gegen den mehrheitlichen Willen der taiwanischen Bevölkerung), und Chinas umstrittener Territorialanspruch auf fast 90 Prozent des Südchinesischen Meeres, der auch die Kontrolle der internationalen Schifffahrtsrouten und des darüber befindlichen internationalen Luftraumes einschließt.² Beide Fragen berühren das absolute Souveränitätsverständnis Chinas, welches die regionalen Sicherheitsdilemmata weiter vertiefen könnte. Dieser Territorial- und Souveränitätsanspruch Beijings hat infolge der immer größer werdenden Energieabhängigkeit Chinas vom Import (insbesondere Erdöl und -gas) in den neunziger Jahren stetig an ökonomischer und sicherheitspolitischer Bedeutung zugenommen, obwohl die im Südchinesischen Meer vermuteten großen Energievorräte – mit Ausnahme von Erdgas – bisher nachweisbar nicht bestätigt werden konnten.³

Die Flugzeugkollision bestätigte auch, dass sich die Verteidigungsstrategie der Volksbefreiungsarmee (VBA) und das militärische Selbstverständnis zunehmend von einer klassischen Kontinentalmacht hin zu einer wirklichen See- und Luftmacht orientieren und sich damit vom Festland auf die hohe See verlagern, wie dies bereits seit einem Jahrzehnt verstärkt in den Rüstungsanstrengungen der VBA zu erkennen ist. Der Luftzwischenfall spiegelte dabei auch die größer werdenden militärischen Fähigkeiten der VR China wider, auch wenn die See- und Luftstreitkräfte der VBA weiterhin vor großen Problemen und Herausforderungen stehen.

Vor diesem Hintergrund haben die Kollision der beiden Flugzeuge und der diplomatische Konflikt die eigentliche machtpolitische Herausforderung in der asiatisch-pazifischen Region aufgeworfen: die strategische

2 Vgl. Frank Umbach: Trends in the Regional Balance of Power and Potential Hotspots. In: Waldbröl Group on the European Coordination of Security Policies vis-à-vis the Asia-Pacific. Third Meeting. Hg. vom Bundeswehr Office for Studies and Exercises. Waldbröl 27./28.3.2000, S. 7–48

3 Vgl. Frank Umbach: Chinas Energiepolitik. Globale Dimensionen und Auswirkungen. In: Internationale Politik, 1/2001, S. 43–48. Ders.: Geostrategische und geoökonomische Aspekte der chinesischen Sicherheits- und Rüstungspolitik im 21. Jahrhundert. Die Verknüpfung traditioneller Sicherheitspolitik mit Ressourcenfragen im geostrategischen Denken Chinas. In: Gunter Schubert (Hg.): China – Perspektiven für das 21. Jahrhundert (im Erscheinen)

Konkurrenz zwischen den USA und der VR China um die dominierende Rolle und regionale Vorherrschaft in dieser Region.⁴ Dabei dürften die chinesischen Vorstellungen zu zukünftigen ordnungspolitischen Strukturen einer dominierenden oder gar hegemonialen Rolle Beijings die regionalen Sicherheitsdilemmata vertiefen und den Rüstungszuwachs in Ostasien weiter beschleunigen.⁵ China ist dabei der einzige Staat in dieser Region, der auf eine signifikante Veränderung des geopolitischen Status quo in Ostasien drängt und dabei sowohl mit dieser Zielsetzung als auch vor allem mit der Wahl seiner Mittel von den Nachbarstaaten (vor allem von Japan und Indien) als potenzielle Sicherheitsbedrohung wahrgenommen wird.⁶

Vor diesem geopolitischen Hintergrund mit China als einer (zudem innenpolitisch instabilen) Nicht-Status-quo-Macht bei Fragen der territorialen Souveränität ist die Frage der Einbindung Chinas in das internationale Staatensystem vor allem auf die Hoffnung gerichtet, dass China nicht nur eine starke, sondern vor allem eine konstruktive aufstrebende Macht ist und nicht eine große unruhige oder gar feindselige Macht, die glaubt, die internationalen Spielregeln neu erfinden und definieren zu müssen. Gleichzeitig haben weder die asiatischen Nachbarstaaten noch der Westen ein Interesse an einem schwachen, wirtschaftlich oder politisch implodierenden China, welches riesige Migrationsströme auslösen und die zentralistische Kontrolle über Materialien sowie Technologien von Massenvernichtungswaffen verlieren könnte.

Gleichzeitig darf nicht übersehen werden, dass sich in den letzten Jahren nicht nur die sino-amerikanischen Beziehungen verschlechtert, sondern auch die machtpolitischen Rivalitäten zwischen China und Japan

-
- 4 Vgl. Aaron L. Friedberg: The Struggle for Mastery in Asia. In: Commentary, 11/2000, S. 17–26. Vgl. auch die Kritik: Facing China. Aaron L. Friedberg and Critics. In: Commentary, 2/2001, S. 16–26
 - 5 Zum regionalen Rüstungszuwachs vgl. Frank Umbach: Der Einfluss der Finanzkrise auf das ostasiatische Wettrüsten und die regionalen Sicherheitskooperationen. In: Erich Reiter (Hg.): Jahrbuch für internationale Sicherheitspolitik 2000. Hamburg, Berlin, Bonn 2000, S. 859–882
 - 6 Vgl. Hanns W. Maull: Mehr Kooperation oder ein neuer Kalter Krieg? In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.8.2000, S. 13

sowie China und Indien verschärft haben. Dabei haben Indien und Japan begonnen, eine Art informelle strategische Gegenallianz zu Beijing zu formieren, die sich zunehmend auch auf die Verteidigungspolitik beider Länder erstreckt und zugleich Alliierte in Südostasien gefunden hat. Während sich dabei die japanische Sicherheitspolitik in einem langsamen, aber kontinuierlichen Anpassungsprozess an die neuen strategischen Rahmenbedingungen befindet, der vor dem Hintergrund der bisherigen verfassungsrechtlichen sowie sonstigen pazifistischen Beschränkungen in der Innenpolitik besonders bemerkenswert erscheint, ist die indische Gegenmachtbildung bis in das Südchinesische Meer hinein – insbesondere unter Beachtung einer engen militärpolitischen und -technologischen Zusammenarbeit mit Vietnam – in kurz- und mittelfristiger Perspektive weit- aus brisanter, da sich diese nicht länger nur auf den Indischen Ozean beschränkt.⁷ Dies ist um so bemerkenswerter, als gleichzeitig auch eine sicherheitspolitische Annäherung zwischen Washington und Neu-Delhi zu beobachten ist.⁸

Ob vor diesen sich grundlegend wandelnden Rahmenbedingungen für die zukünftige asiatisch-pazifische Stabilität der von der politischen Führung Chinas angestrebte Großmachtstatus zugleich wirklich unaufhaltsam und lediglich eine Frage der Zeit ist, wie dies von der politischen Führung Beijings propagiert wird und in Asien sowie im Westen auch oft vorschnell unkritische Zustimmung findet, soll in diesem Artikel eingehender untersucht werden.

Die Rüstungsanstrengungen Chinas und die Rolle des chinesischen Militärs in den politischen Entscheidungsprozessen

DIE MODERNISIERUNGS- UND RÜSTUNGSANSTRENGUNGEN IN DEN NEUNZIGER JAHREN

7 Vgl. Yann-huei Song: Actions Taken by the Three „Main Outsiders“ in the South China Sea in the Year 2000. Taipei 2001

8 Vgl. Ben Barber in: The Washington Times, 3.5.2001. Celia W. Dugger in: International Herald Tribune, 7.5.2001, S. 1, 7

Der dreiwöchige Grenzkrieg zwischen der VR China und Vietnam im Februar und im März 1979 bildete den Ausgangspunkt der chinesischen Militärreform und der ersten Modernisierungsbestrebungen, da dieser zu schweren Verlusten auf der eigenen Seite geführt und zahlreiche Schwächen der VBA aufgedeckt hatte. Dies führte zu einer grundlegenden Neu-einschätzung der Natur zukünftiger Kriege und Bedrohungen. In Verbindung mit *Deng Xiaopings* postulierter „*strategischer Transformation*“ von Staat und Gesellschaft (1985) wurde auch die Militärdoktrin Chinas überarbeitet. Anstatt eines „*totalen*“ und „*globalen Krieges*“ wurde nun die Vorbereitung der VBA auf „*begrenzte*“ und „*lokale Kriege*“ zur Maxime der Verteidigungspolitik. Unter den schockartigen Eindrücken des Golf-Krieges von 1991 wurde schließlich im Jahr 1993 die endgültige Abkehr vom „*Volks- und Abnutzungskrieg*“ verkündet und die Vorbereitung des Landes auf einen „*begrenzten Krieg unter Hightechbedingungen*“ sowie eine „*aktive Verteidigung*“ an der Peripherie des Landes zur Priorität verteidigungspolitischer Planungen.

Unter *Jiang Zemin* wurde die Modernisierung der chinesischen Streitkräfte weiter beschleunigt. Im September 1997 wurde beschlossen, bis zum Jahr 2000 die Streitkräfte um weitere 500 000 Mann auf 2,6 Millionen Soldaten zu reduzieren, um so zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Rüstungsmodernisierung freizusetzen. Um die Professionalisierung voranzutreiben, wurde zu Beginn des Jahres 1999 die Wehrdienstzeit aller Teilstreitkräfte auf zwei Jahre reduziert. Die Anzahl der Wehrpflichtigen innerhalb der VBA wird so von 82 Prozent auf etwa 65 Prozent im Jahr 2000 zurückgehen, während die Anzahl der Freiwilligen im gleichen Jahr von 18 Prozent auf 35 Prozent zunimmt. Gleichzeitig wird auch die weitere Restrukturierung zugunsten einer kleineren und flexibleren Brigadestruktur vorangetrieben.⁹

9 Vgl. Frank Umbach: Die chinesischen Streitkräfte auf dem Weg zu einer Supermacht? Sicherheits-, rüstungs- und militärpolitische Strategien und ihre Auswirkungen auf die regionale Stabilität. In: Susanne Luther, Peter J. Opitz (Hg.): Chinas Rolle in der Weltpolitik. Reihe: Argumente und Materialien zum Zeitgeschehen, Nr. 25, S. 59–92, hier S. 62ff

Die Wirtschafts- und Finanzkrise in Asien, die auch zu einschneidenden Kürzungen der Verteidigungshaushalte geführt hat, hat die Bedrohungswahrnehmungen aufseiten der Association of Southeast Asian Nations (ASEAN)-Staaten eher noch verstärkt, da Chinas militärische Aufrüstung von der Asienkrise nicht betroffen ist.¹⁰

Da seit den *Tiananmen*-Ereignissen 1989 der Westen ein größeres Rüstungsembargo für China verhängte, blieb Beijing keine andere Wahl, als die traditionellen Rüstungsbeziehungen zu Israel und vor allem Russland zu intensivieren. Da die chinesische Militärelite nach wie vor mit den Rüstungsprodukten aus der eigenen Rüstungsindustrie unzufrieden ist, wurden seit Anfang der neunziger Jahre modernste Waffensysteme vor allem für die Luft- und Seestreitkräfte aus Russland beschafft. Zu den spektakulärsten Rüstungskäufen gehören unter anderem der Kauf von 72 *SU-27*-Kampfflugzeugen (200 weitere werden in Lizenz in den nächsten 10 bis 15 Jahren gefertigt), zwei hochmodernen *Sovremenny*-Flugkörperzerstörern (7900 t), die mit jeweils acht modernen Marschflugkörpern vom Typ *SS-N-22 Sunburn* (auch „Moskit“ genannt; Reichweite: 120 km) ausgerüstet sind, und vier U-Booten der *Kilo*-Klasse. Im Jahr 1999 wurde zudem der Kauf von 40 bis 60 Kampfflugzeugen vom Typ *SU-30MKK* mit modernsten Raketen im Wert von etwa zwei Milliarden US-Dollar vereinbart. Des Weiteren sollen im zehnten Fünfjahresplan (2001 bis 2005) weitere zwei bis drei U-Boote der *Kilo*- oder *Amur*-Klasse und ebenfalls zwei bis drei weitere *Sovremenny*-Zerstörer sowie zusätzliche 40 *SU-30MKK* beschafft werden. Beide Seiten haben im Jahr 2000 einen militärtechnologischen Kooperationsvertrag für den nächsten Fünfjahresverteidigungsplan Chinas (2001 bis 2005) in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar abgeschlossen, der eine erhebliche Steigerung des russischen Rüstungsexports und Technologietransfers zur Folge haben könnte.¹¹

10 Vgl. ders.: Der Einfluss der Finanz- und Wirtschaftskrise auf das ostasiatische Wettrüsten

11 Vgl. ders.: Russia's Strategic and Military Interests in North- and Southeast Asia: In: Michael H. Crutcher (Hg.): The Russian Armed Forces at the Dawn of the Millenium. Carlisle Barracks, PA, Dezember 2000, S. 261–321, hier S. 288ff

Während die Flugkörperzerstörer mit ihren Marschflugkörpern eine effektive Bedrohung für die US-Flugzeugträger und *AEGIS*-Zerstörer schaffen, ist der Kauf der modernen russischen Kampfflugzeuge vom Typ *SU-30MKK* (Reichweite 1 600 km mit Luftbetankungsmöglichkeit) – selbst Moskau verfügt nur über wenige dieser Flugzeuge – auf die Erringung und Behauptung strategischer Luftüberlegenheit gerichtet, die eine wesentliche Voraussetzung für erfolgreiche maritime Operationen im Südchinesischen Meer oder eine glaubwürdige Invasionsdrohung gegenüber Taiwan bildet. Während gegenwärtig eine chinesische Luftüberlegenheit auch gegenüber Taiwan nicht gegeben ist, so könnte Beijing bis zum Jahr 2010 über 1 000 bis 1 350 moderne Kampfflugzeuge sowie eine entsprechende Anzahl von Tankflugzeugen, *AWAC*-Maschinen und maritimen Patrouillenflugzeugen verfügen. Damit würde sich das militärische Kräftegleichgewicht gegenüber Taiwan und den ASEAN-Staaten sukzessive zu seinen Gunsten verändern.¹²

Gleichzeitig sehen sich jedoch sowohl die VBA als auch die chinesische Rüstungsindustrie weiterhin großen Schwierigkeiten bei der Modernisierung der Streitkräfte gegenüber, die von weit verbreiteter Korruption in den Streitkräften, der mangelnden Ersatzteilbevorratung sowie mangelnder technischer Beherrschung von Hightechwaffensystemen bis zu unzureichendem Training integrierter teilstreitkraftübergreifender Militäroperationen („*Combined-Arms*“), mangelhafter technischer Wartung sowie Schwierigkeiten beim Lizenzbau reichen. Dennoch ist nicht zu übersehen, dass die militärischen Fähigkeiten Chinas von Jahr zu Jahr graduell steigen und China die Reichweite eigener Militäroperationen in das Südchinesische Meer inzwischen signifikant erhöhen konnte. Mit der inzwischen in den Luft- und Marineluftstreitkräften erprobten Luftbetankung wird China im nächsten Jahrzehnt die Reichweite seiner Militäroperationen schrittweise weiter vergrößern können, die der VBA neue Militäroptionen verleihen.

DIE POLITISCHE ROLLE

12 Vgl. David Shambaugh: A Matter of Time. Taiwan's Eroding Military Advantage. In: The Washington Quarterly, Frühjahr 2000, S. 119–133

UND DER EINFLUSS DER VBA UNTER JIANG ZEMIN

Aufgrund der Militär- und Wirtschaftsreformen während des letzten Jahrzehnts verfügt die VBA heute über größere Finanzmittel, eine glaubwürdigere konventionelle sowie nukleare Abschreckung und einen größeren politischen Einfluss in den Macht- und Entscheidungsstrukturen als jemals zuvor bei Fragen der Außen- und Verteidigungspolitik des Landes. Dieser politische Einfluss manifestierte sich vor allem in den größeren außenpolitischen Krisen in den neunziger Jahren: der Taiwankrise 1995/96, der Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad im Mai 1999 und der Kollision eines chinesischen Jagdflugzeuges mit einem amerikanischen Aufklärungsflugzeug im April 2001. In all diesen Krisen zwang das Militär die politische Führung zu einer harten, bisweilen sogar kompromisslosen Linie gegenüber den USA und versuchte zugleich, noch höhere Verteidigungsausgaben gegenüber der Regierung durchzusetzen. Darüber hinaus gab es in China in all diesen Krisen nationalistische Aufwallungen, die einerseits von der politischen Führung instrumentalisiert und auch kanalisiert wurden, andererseits aber Züge einer größeren Unabhängigkeit von der Linie der Regierung aufwiesen und die Erosions- und Dezentralisierungstendenzen der politischen Kontrolle sowie des staatlichen Informationsmonopols bestätigten.¹³

Da China vor gewaltigen innenpolitischen und insbesondere sozioökonomischen Herausforderungen des Transformationsprozesses steht und bis heute nicht auf Gewalt als Instrument zur Durchsetzung politischer Ziele verzichten will, wie dies wiederholt seit 1988 bei den Konflikten im Südchinesischen Meer und jüngst vor allem bei der Taiwanfrage deutlich geworden ist, verdient die politische Rolle der chinesischen Streitkräfte in der Innen- und Außenpolitik eine besondere Aufmerksamkeit. Dies gilt umso mehr, als historische Analogien bestätigen, dass autoritäre Regime und besonders aufsteigende Großmächte, die sich inmitten großer innenpolitischer Transformationsprozesse befinden, tendenziell häufiger zu Gewaltanwendung in der Außenpolitik neigen als autoritäre Länder, die sich nicht in einer derartig kritischen Umbruchphase befinden. Daher kann auch ein außenpolitisch aggressiver agierendes China, das zudem seinen

13 Vgl. Petra Kolonko in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 21.4.2001, S. 12

Platz in der internationalen Staatengemeinschaft auch aus eigener Sicht nach dem Jahrhundert der „*Schande und Erniedrigung*“ noch nicht gefunden hat, keineswegs völlig ausgeschlossen werden.¹⁴

Die VBA versteht sich heute mehr denn je als der eigentliche Garant chinesischer Staatssouveränität und bildet die treibende politische Kraft bei den Wiedervereinigungsbemühungen Chinas. Sie soll einerseits den Zusammenhalt der Volksrepublik wahren, andererseits jegliche separatistische Tendenz und Unabhängigkeitsbestrebung (in Taiwan, Tibet, Sinkiang, in der Inneren Mongolei, der Mandschurei und den Grenzregionen) schon im Keim ersticken. Es besteht unter den westlichen Experten weitgehende Einigkeit darüber, dass im Zuge des politischen Vakuums nach dem faktischen Ausscheiden *Deng Xiaopings* und der Übergangsperiode bis zur Machtkonsolidierung *Jiang Zemin*s das politische Gewicht der chinesischen Militärelite zugenommen hat.¹⁵ Gleichzeitig ist die politische Kontrolle zunehmend erodiert, wie am politischen Beschluss des Jahres 1997, ein neues „*Nationales Verteidigungsgesetz*“ zu erlassen, welches die Kontrolle der KP Chinas über die VBA wieder stärken soll, abzulesen war.¹⁶

Die innenpolitischen Diskussionen und die großen Zuwachsraten bei den Verteidigungsausgaben der letzten Jahre haben den gestiegenen Einfluss des chinesischen Militärestablishments bestätigt.¹⁷ Bereits im März diesen Jahres hatte China seine Verteidigungsausgaben für 2001

14 Vgl. E. D. Mansfield, J. Snyder: Democratization and the Danger of War. In: *International Security*, Nr.1, Sommer 1995, S. 5–38

15 Vgl. Jing-Dong Yuan: Studying Chinese Security Policy. Toward an Analytic Framework. In: *The Journal of East Asian Affairs*, Frühjahr/Sommer 1999, S. 131–195, hier S. 149ff. June Teufel Dreyer: State of the Field Report. Research on the Chinese Military. In: *Access Asia Review* (The National Bureau of Asian Research), Washington, D.C. 1997, S. 4. Ellis Joffe: The Military and China's New Politics. Trends and Counter-Trends. CAPS-Papers, Nr. 19, Taipei, 9/1997

16 Vgl. hierzu David Shambaugh: The People's Liberation Army and the People's Republic at 50: Reform at Last. In: *The China Quarterly*, 9/1999, S. 660–672, hier S. 665

17 Vgl. auch für das Jahr 2000 Frank Umbach: Chinas Aufrüstung – ein Alarmzeichen. In: *Internationale Politik*, 7/2000, S. 29–36, hier S. 29

um 17,7 Prozent auf offiziell 17 Milliarden US-Dollar erhöht – die höchste Steigerungsrate seit Beginn der Reformpolitik *Deng Xiaopings* vor mehr als 20 Jahren und inmitten einer immer schwierigeren innenpolitischen und sozioökonomischen Transformationsphase (Die Deflation der letzten beiden Jahre ist keineswegs völlig überwunden, während das Haushaltsdefizit ein neues Rekordhoch erreicht hat.). Zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt nehmen die Verteidigungsausgaben schneller zu als der Etat für Wissenschaft und Technologie, der für dieses Jahr um lediglich 14,5 Prozent gesteigert wurde, während der Staatshaushalt nur um 8,2 Prozent auf etwa 276 Milliarden Deutsche Mark wächst. Offiziell machen die Verteidigungsausgaben 14,67 Prozent aller Staatsausgaben Chinas aus.¹⁸

Während zahlreiche chinesische Kommentatoren versuchten, die Bedeutung der Erhöhung der Verteidigungsausgaben herunterzuspielen, indem sie darauf verwiesen, dass diese vor allem auf höhere Gehälter und zahlreiche Sozialprogramme für die ausscheidenden Soldaten im Rahmen der allgemeinen Verringerung der Streitkräfte zurückzuführen sei, erklärte Finanzminister *Xiang Huaicheng*, dass die Steigerung auch dazu diene, „um sich drastischen Veränderungen in der militärischen Weltlage anzupassen“ und sich für die „Verteidigung und den Kampf unter den Bedingungen vor allem der Hochtechnologie“ zu rüsten.¹⁹ Diese Erhöhung bestätigte bereits die Trends der letzten Jahre, wonach die gegenwärtige politische Führung – im Gegensatz zu *Deng Xiaoping* – bereit ist, größere wirtschaftliche Belastungen durch wesentlich schneller wachsende Verteidigungsausgaben gegenüber dem allgemeinen Wirtschaftswachstum (BIP) und auch der Erhöhung der allgemeinen Staatsausgaben zu akzep-

18 Vgl. Kai Strittmatter in: Süddeutsche Zeitung, 7.3.2001, S. 1. Robert Karniol: PRC Spending Continues to Rise. In: Jane's Defence Weekly, 14.3.2001, S. 2. Craig S. Smith in: New York Times, 11.3.2001. Chien Hsi-chieh in: Taipei Times, 17.3.2001

19 Vgl. John Pomfret in: The Washington Post, 6.3.2001, S. A01

tieren, um so die Loyalität der VBA gegenüber dem politischen Regime zu wahren.²⁰

Die meisten westlichen Experten gehen zudem davon aus, dass die gesamten chinesischen Verteidigungsausgaben nach UN- und NATO-Kriterien etwa drei- bis fünfmal so hoch sind wie das offizielle Verteidigungsbudget. Danach hätte der chinesische Verteidigungshaushalt 1999 nicht knapp 13 Milliarden, sondern bereits etwa 40 Milliarden US-Dollar²¹ betragen. Dies entspricht beinahe dem Umfang der japanischen Verteidigungsausgaben und hätte zugleich die nationalen Verteidigungsbudgets Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands bereits übertroffen.²²

Für Chinas Militär waren der Kosovo-Konflikt und die unglückliche Bombardierung der chinesischen Botschaft in Belgrad am 7. Mai 1999 auch ein willkommener Anlass, die Außen- und Sicherheitspolitik der politischen Führung massiv zu kritisieren, um so zusätzliche finanzielle Ressourcen für die Streitkräfte zu mobilisieren. Nach dem politischen Beschluss vom 22. Juli 1998, fast alle wirtschaftlichen Tätigkeiten der VBA einzustellen, da dies zu weit verbreiteter endemischer Korruption, Schmuggel, Missmanagement und einer drastischen Reduzierung der Einsatzbereitschaft der Streitkräfte geführt habe, sah sich *Jiang Zemin* wiederholt mit massiven Forderungen nach einer zusätzlichen Erhöhung des Verteidigungshaushaltes konfrontiert. Die in den letzten beiden Jahren beschlossene Erhöhung lag nach Ansicht des Militärs deutlich unter den Verlusten, die die VBA aus der Einstellung ihrer Wirtschaftstätigkeiten zu verkraften hatte. So habe die politische Führung die Profite aus den Wirtschaftsunternehmen bewusst niedrig beziffert. Inzwischen wurde die Einstellung der Wirtschaftstätigkeiten verlangsamt und teilweise sogar wieder zurückgenommen.²³

20 Wie auch James Mulvenon von der RAND-Corporation in den USA bestätigt: „*In an environment of increasing central budget deficits and continuing revenue problems, these types of increases highlight the amount of fiscal pain China's leadership is willing to endure to maintain the loyalty of the military.*“ Zitiert nach ebd.

21 Vgl. die Angaben des IISS

22 Vgl. Military Balance 2000/2001. Hg. vom IISS. London 2000, S. 183, 298f

23 Vgl. Frank Umbach: Militärmacht China? S. 65ff

Zugleich waren der Kosovo-Konflikt und die „*humanitäre Intervention*“ der NATO für das chinesische Militär aber auch ein Schock mit weitreichenden Auswirkungen auf die eigene Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik.²⁴ Dieser führte auch zu lebhaften Diskussionen über die Richtung und Strategie der zukünftigen Sicherheits- und Verteidigungspolitik.²⁵ So bildete der Kosovo-Konflikt einen Kristallisationspunkt, der die Unterschiede zwischen den westlichen und chinesischen Vorstellung über eine zukünftige Weltordnung offen legte.

Unmittelbar nach der Bombardierung der Botschaft soll das Politbüro Chinas unter *Jiang Zemin* offenbar zusätzliche Verteidigungsausgaben bewilligt haben. Nach Hongkonger Quellen sollen noch aus dem laufenden Etat des Jahres 1999 für große Infrastrukturprogramme 20 Milliarden Yuan für Verteidigungsprojekte zur Verfügung gestellt worden sein. Diese Summe soll bis zum Jahr 2003 auf insgesamt 100 Milliarden Yuan aufgestockt werden. Darüber hinaus soll der Staatsrat im Sommer 1999 weitere 80 Milliarden Yuan zur Beschaffung neuer Waffensysteme bewilligt haben. Demnach wäre der Verteidigungshaushalt für 1999 mit dann 215,2 Milliarden Yuan doppelt so hoch gewesen wie ursprünglich offiziell veranschlagt.²⁶ Bereits im Vorfeld des *Nationalen Volkskongresses* im Juni 1999 hatte eine Anzahl hoher militärischer Vertreter eine ungewöhnliche Petition an das chinesische Politbüro gerichtet und darin höhere Verteidigungsausgaben verlangt:

Given the crisis in national security, unification, and military construction, and facing the threat of US military hegemony and the revival of Japanese militarism, defence spending for China's military is seriously inadequate, and has been hidden peril for a long time.²⁷

24 Vgl. ebd., S. 83ff

25 Vgl. James Kynge in: Financial Times, 12.5.1999, S. 2. June Teufel Dreyer: The PLA and the Kosovo-Conflict. The Letort Papers/U.S. Army War College, Mai 2000

26 Vgl. „An Additional Rmb 180 Billion for the Military“. In: Inside China Mainland, 9/1999, S. 34–36. Nach anderen Angaben sollen zusätzlich etwa 7 Milliarden US-\$ im Jahr für die Verteidigung gestellt worden sein. Vgl. John Pomfret in: International Herald Tribune, 24.2.2000, S. 1, 5, hier S. 5

27 Mainland Military Expenditures Show Sustained Increase. In: Inside China Mainland, 6/1999, S. 41

Dies war das erste Mal, dass das chinesische Militär so öffentlich Druck auf die Regierung ausgeübt und beim politischen Entscheidungsprozess direkt auf dieser Ebene interveniert hatte.²⁸

Auch während der Tagungen des *Nationalen Volkskongresses* im Frühjahr 2000 versuchten Repräsentanten der VBA ein neues nationales Mobilisierungsgesetz durchzusetzen, das es den Streitkräften erlauben würde, direkt in den Planungsprozess für die Errichtung ziviler Infrastruktur zu intervenieren und diesen stärker nach militärischen Kriterien, besonders beim Bau von Flughäfen, Straßen und Eisenbahnstrecken, auszurichten. Einige militärische Vertreter gingen dabei sogar so weit, das grundlegende Prinzip der Staatspolitik seit *Deng Xiaoping*, wonach die Modernisierung der Streitkräfte der wirtschaftlichen Entwicklung unterliege, offen in Frage zu stellen.²⁹

DIE NUKLEARRÜSTUNG CHINAS UND DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE REGIONALE STABILITÄT UND DAS GLOBALE KRÄFTEGLEICHGEWICHT

Chinas militärische Modernisierungsanstrengungen basieren letztendlich auf außenpolitischen Strategien unilateraler Sicherheit. Diese Strategien führen aber zu zusätzlicher Unsicherheit auf der anderen Seite, da deren Sicherheitswahrnehmungen keine Berücksichtigung finden. Vor allem verteidigungspolitische Experten der VBA stehen neuen außen- und sicherheitspolitischen Konzeptionen „*gemeinsamer Sicherheit*“ nach wie vor skeptisch bis ablehnend gegenüber. Vor diesem Hintergrund überrascht es wenig, wenn Beijing die Stärkung der Streitkräfte seiner Nachbarstaaten – allen voran Taiwans, Japans und Indiens – massiv kritisiert und dementsprechend wenig Empathie für deren Sicherheitsbedürfnisse aufbringen kann. Dies zeigt sich besonders augenfällig bei den gegenwärtigen Debatten in Japan und Taiwan zur Schaffung eines regionalen Raketenabwehrsystems (TMD), welches China mit seiner Raketen- und Nuklearwaffenrüstung wesentlich provoziert hat, zumal beide Staaten bis-

28 Vgl. SIPRI Yearbook 2000. Armaments, Disarmament and International Security. Oxford, New York 2000, S. 245

29 Vgl. Willy Wo-Lap Lam in: South China Morning Post, 13.3.2000

her auf eine Nuklearaffenentwicklung verzichtet haben.³⁰ So hat China in den letzten Jahren seine Nuklear- und Raketenrüstung auf gegenwärtig etwa 300 *M-11*- und *M-9*-Raketen gegenüber Taiwan forciert, die bis zum Jahr 2005 auf 650 bis 800 Systeme aufgestockt werden sollen. Zudem beschleunigt Beijing die Entwicklung weit reichender land- und seegestützter Marschflugkörper, die innerhalb der nächsten Jahre bereits zur Verfügung stehen werden.³¹ Beijing ist nicht bereit, seine eigene Nuklear- und Raketenrüstung aufgrund innen- als auch verteidigungspolitischer Überlegungen signifikant einzuschränken oder gar einzufrieren. Auch auf globaler Ebene versucht China, das militärstrategische Gleichgewicht in den nächsten Jahren zu verändern, und hat daher dem Ausbau seiner Nuklearstreitkräfte Priorität eingeräumt. Während China gegenwärtig über nicht mehr als 300 strategische und 150 taktische Nuklearsprengköpfe verfügt, könnte die Anzahl der strategischen Nuklearsprengköpfe im nächsten Jahrzehnt theoretisch auf 600 bis 900 steigen, wenn die Rüstungsprogramme zur Entwicklung von Mehrfachsprengköpfen und neuen ICBMs (*DF-31* und *DF-41*) und SLBMs (*JL-2* SLBM) abgeschlossen sein werden. Diese Nuklearaffenrüstung wird für die asiatischen Nachbarstaaten und die USA im nächsten Jahrzehnt ein völlig neues Bedrohungspotential schaffen.

Während alle anderen vier anerkannten Nuklearaffenstaaten ihre Kernaffenrüstung entweder auf ihrem jetzigen quantitativen Stand ein-

30 Vgl. Martin Wagner: Raketenabwehrsysteme und die strategische Gleichung der Taiwan-Straße. In: Österreichische Militärische Zeitschrift 4/2000, S. 413–428. Frank Umbach: Nuclear Proliferation Challenges in East Asia and Prospects for Cooperation. A View from Europe. In: Kurt W. Radtke, Raymond Feddema (Hg.): Comprehensive Security in Asia. Views from Asia and the West on a Changing Security Environment. Leiden, Boston, Köln 2000, S. 66–133. Ders.: The World Gets Wise to P'yongyang's Nuclear Blackmail. Part One. In: Jane's Intelligence Review, 9/1999, S. 33–36. Part Two. In: Jane's Intelligence Review, 10/1999, S. 35–39

31 China soll in den letzten Jahren größere technologische Fortschritte beim Bau moderner Marschflugkörper gemacht haben als von westlicher Seite vermutet. Vgl. Duncan Lennox: China's New Cruise Missile Programme Racing Ahead. In: Jane's Defence Weekly, 12.1.2000, S. 12. Ders.: More Details on Chinese Cruise Missile Programme. In: Jane's Defence Weekly, 6.9.2000, S. 19

gefroren haben (Großbritannien und Frankreich) oder aber wie die USA und Russland ihre strategischen Nuklearwaffenpotenziale auf weniger als 1500 bis 2000 Sprengköpfe vertraglich reduzieren wollen (*START-III*), ist China bisher von keinem *START*- oder *INF*-Vertrag betroffen und kann so fast ungehindert seine Nuklearwaffenarsenal quantitativ sowie qualitativ ausbauen. Mit einer derartigen Erhöhung auf 600 bis 900 Sprengköpfe würde sich das Verhältnis der Sprengkopfanzahl Chinas gegenüber den USA von 70:1 (Stand: *START-I*) zu 7:1 oder 2:1 bis zum Zeitraum 2010 bis 2015 dramatisch verändern. Da Russland ab dem Jahr 2008 voraussichtlich nur über etwa 900 Sprengköpfe verfügen wird, ist eine militärstrategische Parität bei den Nuklearwaffenarsenalen zwischen beiden Staaten nur noch eine Frage der Zeit. Vor dem Hintergrund der demographischen und sozioökonomischen Trends entlang der beiderseitigen Grenze und eines erdrückenden konventionellen militärischen Übergewichts Chinas könnten sich so für Russland völlig neue sicherheitspolitische Herausforderungen an seiner Ostflanke im 21. Jahrhundert ergeben. Russland hätte dann allerdings durch seine eigenen Rüstungsexporte und vor allem Technologietransfers selbst wesentlich zur Verschiebung des militärischen Kräftegleichgewichts in Asien und der Welt beigetragen – eine Erkenntnis, der sich viele russische Sicherheitsexperten heute noch weitgehend verschließen.³²

Da China im Rahmen seiner eigenen flexiblen Abschreckungsdoktrin nukleare und konventionelle Kriegführungsoptionen zunehmend miteinander verschränkt, kommt dem Nuklearwaffendispositiv „*bei regionalen Kriegen unter Hightechbedingungen*“ primär eine Abschreckungsfunktion zu. Danach sollen äußere Mächte wie die USA von einer militärischen Intervention primär abgeschreckt werden, während China seine überlegenen konventionellen Streitkräfte zur Durchsetzung politischer Ziele wirkungsvoll einsetzen könnte, wenn erforderlich. Daher hat die Entwicklung des Nuklearwaffenarsenals Chinas auch für die kleineren Nachbarstaaten eine hohe sicherheitspolitische Relevanz. China ist somit weniger an der Herstellung eines wirklichen militärischen Gleichgewichts mit den USA als

32 Vgl. Frank Umbach: Russia's Strategic and Military Interests in North- and Southeast Asia

am Aufbau wirkungsvoller militärischer Abschreckungskapazitäten interessiert, um durch eine „*asymmetrische Kriegführung*“ die Verwundbarkeit und damit die Interventionsschwelle für die USA signifikant anzuheben.³³ Hierfür benötigt China keine mit den USA auf globaler Ebene vergleichbaren militärischen Fähigkeiten. Interne chinesische Militärquellen signalisieren sogar ein überzogenes Vertrauen in die eigene Entwicklung asymmetrischer Militäroptionen, welche den USA schwere Verluste zufügen und so Washington zum strategischen Rückzug aus einem Konflikt zwingen sollen. Nach dem in chinesischen Militärkreisen intensiv diskutierten „*Somalia-Trauma*“ der USA wird zwar ihre militärische Überlegenheit gegenüber China anerkannt, doch zugleich gelten die USA als „*Papiertiger*“, der für einen militärischen Ernstfall mit China nicht den politischen Willen habe, tausende amerikanische Soldaten für nichtvitale Sicherheitsinteressen der USA zu opfern. Dies habe bereits der Golf-Krieg gezeigt und sei jüngst durch die Art der westlichen Kriegführung mittels verlustfreier Operationen bei der Kosovo-Intervention der NATO bestätigt worden.³⁴ Daher werde China auf eine „*asymmetrische Kriegführungsstrategie*“ und den Aufbau militärischer Potenziale setzen, die auf maximale menschliche Verluste der USA durch einen militärischen Überraschungsschlag (wie die Versenkung eines US-Flugzeugträgers) zielen.

Diese Annahmen könnten jedoch zu größeren strategischen Fehlurteilen bei Krisenprävention und -management aufseiten Beijings führen. Die USA hatten seit 1997 ihre Militärkontakte mit der VBA intensiviert, um derartigen Fehlurteilen auf chinesischer Seite für den Ernstfall vorzubeugen. Dennoch ist diese Fehlwahrnehmung in den Reihen der VBA nach wie vor weit verbreitet, wie amerikanische Militärdiplomaten einräumen. So erklärte jüngst der Oberbefehlshaber der 7. US-Flotte, Admiral *Dennis Blair*.

33 Vgl. Susan V. Lawrence: Doctrine of Deterrence. In: Far Eastern Economic Review, 14.10.1999, S. 26–27

34 Vgl. Michael Pillsbury: China Debates the Future Security Environment. Washington, D.C. 2000, S. 287ff. Thomas J. Christensen: Posing Problems Without Catching Up. China's Rise and Challenges for U.S. Security Policy. In: International Security, Frühjahr 2001, S. 5–40

The People's Liberation Army genuinely feels that Americans can't tolerate death. ... They look at your yellow ribbons for these servicemen and your casualty-free Kosovo and they think you don't have the will.³⁵

Aus Sicht chinesischer Hardliner und des chinesischen Militärestablishments sind die USA in den letzten Jahren nicht nur offen zu einem, sondern zu *dem* Feind Chinas mutiert, wie in fast allen größeren militärischen Übungen der VBA während der letzten Jahre zu sehen war. Diese Bedrohungswahrnehmung gegenüber den USA hat sich auch im neuen offiziellen Weißbuch der „Landesverteidigung 2000“ niedergeschlagen.³⁶

Sozioökonomische Herausforderungen und die Frage nach der Zukunft des politischen Systems

Der bevorstehende Beitritt der VR China zur WTO hat nicht nur ökonomische, sondern auch geopolitische Bedeutung. Eine erfolgreiche Integration Chinas in das Welthandelsregime könnte sich positiv auf die Außen- und Sicherheitspolitik des Landes auswirken, durch eine größere Kooperationsbereitschaft Beijings auch zu multilateralen Lösungen zahlreicher regionaler Sicherheitsdilemmata beitragen und so die regionale Stabilität in der asiatisch-pazifischen Region fördern.³⁷

Der Beitritt Chinas zur WTO ist jedoch mit weiteren radikalen Wirtschaftsreformen verbunden, die zu zusätzlichen Unsicherheiten, Fragmentierungen und einer noch stärkeren Dezentralisierung der wirtschaftlichen und politischen Strukturen führen können. Die Folge könnten weit verbreitete soziale Unruhen sein, die sich negativ auf die Reformpolitik und die politische Stabilität des Landes auswirken.³⁸ Dabei könnten neue

35 Zitiert nach John Pomfret in: International Herald Tribune, 7./8.4.2001, S. 1, 4, hier S. 4

36 Presseamt des Staatsrats der Volksrepublik China. Landesverteidigung 2000. In: Beijing Rundschau, 43/2000, S. 10–34

37 Zum Hintergrund vgl. Thomas Scharping: Der chinesische WTO-Beitritt. Thesen zu seinen wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Folgen. In: ASIEN, 10/2000, S. 153–156

38 Vgl. Minxin Pei: Future Shock. The WTO and Political Change in China. In: Policy Brief-Carnegie Endowment for International Peace, Nr. 3, 2/2001

mächtige ökonomisch-politische Interessenkoalitionen mit nativistisch-nationalistischen Abwehrhaltungen entstehen, die wiederum das politische System Chinas in Frage stellen.³⁹ Derartige innenpolitische Umwälzungen könnten auch weit reichende negative Auswirkungen auf die zukünftige Außen- und Sicherheitspolitik sowie die Integration des Landes in die internationale Staatengemeinschaft haben.

Dennoch wird die politische Führung mit dem WTO-Beitritt zu einer Beschleunigung der politischen Reformen gezwungen sein, die bisher deutlich hinter dem Tempo der ökonomischen Reformen zurückgeblieben sind. Eine Folge des bisherigen unterschiedlichen Tempos von wirtschaftlichen und ökonomischen Reformen ist die weitverbreitete Korruption, die nach Angaben eines chinesischen Experten bereits im vergangenen Jahrzehnt zu einem Verlust von 150 Milliarden US-Dollar (entspricht etwa 13 bis 16 Prozent des BIP Chinas) geführt hat.⁴⁰ Ohne eine Beschleunigung der politischen Reformen drohen die Transformationsprobleme sich verstärkt negativ auf den weiteren Reformprozess auszuwirken. Chinas nächste Generation der Partei- und Staatsführung gefährdet daher nicht nur die weitere zukünftige wirtschaftliche Entwicklung des Landes, sondern das politische Überleben des herrschenden Regimes, wenn es ihr nicht gelingt, einen Gleichschritt bei den ökonomischen und politischen Reformen zu erzielen. Auch wenn China bisher einen vergleichbaren wirtschaftlichen und politischen Absturz sowie einen Zerfall wie den der Sowjetunion vermeiden konnte, steht der eigentliche Lackmustest der sozio-ökonomischen und politischen Transformationsphase für China erst noch aus. Die bisherige, eher gradualistische Strategie von primär Wirtschaftsreformen ist bislang jedenfalls kein hinreichender Indikator für eine erfolgreiche Systemtransformation.⁴¹ Die entscheidende Frage ist dabei weniger auf den ökonomischen, sozialen oder kulturellen Wandel gerichtet, sondern auf die Zukunft des politischen Systems: Kann sich die Kommunistische Partei Chinas selbst reformieren, um auch unter veränderten Bedin-

39 Vgl. Susan V. Lawrence: The Say No Club. In: Far Eastern Economic Review, 13.1.2000, S. 16f

40 Vgl. Peter Wonacott in: Wall Street Journal Europe, 8.3.2001, S. 3

41 Vgl. Sonja Oppen in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 25.9.1999, S. 15

gungen die politische Macht demokratisch zu behalten beziehungsweise abzutreten, oder aber wird sie notfalls auch mit Gewaltmitteln versuchen, an der Macht zu bleiben?⁴² Dabei sieht sich die KP Chinas mit einem grundlegenden Dilemma konfrontiert: „*Not fighting corruption would destroy the country; fighting it would destroy the party.*“⁴³

Angesichts der bereits heute schon schwierigen innenpolitischen und sozioökonomischen Situation, die einen Großmachtstatus in vielerlei Hinsicht in Frage stellt⁴⁴ oder allenfalls auf regionaler Ebene realistisch erscheinen lässt, muss dieser Reformschritt daher als mutig mit ungewissem Ausgang gelten.⁴⁵

Dies dürfte insbesondere für ein noch schnelleres Anwachsen der Arbeitslosigkeit gelten, die erst mittel- sowie langfristig wieder zurückgehen wird. Während einige Wirtschaftsbranchen vom Beitritt profitieren könnten, dürfte eine Reihe anderer Sektoren kaum auf den marktwirtschaftlichen Wettbewerb mit ausländischen Firmen und Produkten vorbereitet sein. So werden in der Landwirtschaft in den nächsten Jahren vermutlich mehr als 10 Millionen Arbeitsplätze (etwa 3,5 Prozent der gesamten Arbeitskraft in der Agrarwirtschaft) verloren gehen und die ohnehin zunehmenden Probleme städtischer Kriminalität weiter verschärfen.⁴⁶

42 Vgl. Michel Oksenberg: The Long March Ahead. In: PacNet Newsletter, Nr. 45, 19.11.1999

43 Zitiert nach Minxin Pei: Will China Become Another Indonesia? In: PacNet Newsletter, Nr. 37, 24.9.1999

44 Vgl. Gerald Segal: Does China Matter? In: Foreign Affairs, 9/10/1999, S. 24–36. Robert Dujarric: No Solid Foundations. China's Prospects of Becoming a Great Power. In: Internationale Politik und Gesellschaft, Nr. 3, 1997, S. 276–290. Zu einer optimistischeren Einschätzung kommt Margot Schüller: Chinas Wirtschaftsentwicklung im Zeichen der Asienkrise. In: China aktuell, 2/1999, S. 150–159

45 Vgl. zum Hintergrund auch Heike Holbig: Chinas WTO-Beitritt in politischer Perspektive. Wechselspiel zwischen nationalen und internationalen Verhandlungsprozessen. In: China aktuell, 12/1999, S. 1251–1265

46 Vgl. China and the World Trade Organisation. Beijing Takes a Gamble. In: Strategic Comments, Nr. 3, 4/2000, S. 2

Der durch den WTO-Beitritt erwartete verstärkte Lebensmittelimport aus den USA, Europa und anderen asiatischen Staaten könnte die konservativen und anti-westlichen politischen Kräfte, die ohnehin der stärker werdenden Abhängigkeit vom Westen und vor allem den USA vor dem Hintergrund eines ausgeprägten historischen Autarkiedenken der politischen Elite mit großem Misstrauen und Feindseligkeit gegenüberstehen, noch weiter stärken und zu wirtschaftlicher Abschottung sowie außenpolitischer Konfrontation führen.

Bereits heute haben die schwierigen Transformationsprobleme im Übergang von der Plan- zur Marktwirtschaft Politik und Gesellschaft vor schwere Zerreißproben gestellt.⁴⁷ Die einst allmächtige KP Chinas hat zunehmend die absolute Kontrolle über viele Bereiche der Wirtschaft und Gesellschaft verloren. Auch die regionalen und sozialen Disparitäten haben zwischen den einzelnen Regionen und den jeweiligen Einkommenschichten zugenommen. Dabei verschärft sich die Arbeitslosigkeit mit 100 bis 200 Millionen Menschen zusehends, zumal die Privatisierung der mehr als 300 000 Staatsbetriebe erst angelaufen ist. Gleichzeitig haben mit der Zunahme der Einkommensunterschiede und der regionalen Disparitäten auch Landflucht und Migration innerhalb Chinas drastisch zugenommen (noch immer leben zwei Drittel aller Chinesen, etwa 900 Millionen Menschen, auf dem Land), was sich zusätzlich mit bis zu 160 Millionen Menschen niederschlägt.⁴⁸ Der Einbruch der ausländischen Direktinvestitionen in China im Jahr 1999 war keineswegs nur auf die Asienkrise zurückzuführen, sondern auch das Resultat von weit verbreitetem Betrug, Übervorteilung, ausbleibenden Gewinnen der ausländischen Investoren und behördlichen Schikanen wie einer überbordenden und hochgradig korrupten Bürokratie sowie eines willkürlichen Justizsystems.⁴⁹

Zudem werden die wirtschaftlichen Verluste der gravierenden Luft- und Wasserverschmutzung auf 3 bis 8 Prozent des jährlichen Bruttoinlandsprodukts (BIP) geschätzt.⁵⁰ Die zahlreichen Ressourcenprobleme (Ener-

47 Vgl. Armin Bohnet in: Neue Zürcher Zeitung, 25./26.9.1999, S. 59

48 Vgl. Petra Kolonko in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.2000, S. 10

49 Vgl. Neue Zürcher Zeitung, 9.11.1999, S. 9

50 Vgl. David Shambaugh: International Herald Tribune, 1.10.1999, S. 10

gie, Wasser, Nahrungsmittel etc.) könnten sich bei einem Bevölkerungswachstum von jährlich mehr als 15 Millionen Menschen in den kommenden Jahren und Jahrzehnten weiter verschlechtern.

Vor diesem Hintergrund können zukünftig auch größere politische Konflikte und soziale Eruptionen in der Innenpolitik nicht ausgeschlossen werden, zumal die lokalen bäuerlichen Massenunruhen, die sich zumeist an örtlicher Korruption und strukturellen Reformproblemen entzünden, und andere soziale Unruhen in den letzten Jahren stetig zugenommen haben.⁵¹

Einen Ausweg aus all diesen Problemen bietet somit nur eine zügigere Einbindung Chinas in regionale und globale Wirtschaftsstrukturen, die den Globalisierungstrends Rechnung zollt und sich von einer internationalen Arbeitsteilung leiten lässt – auch wenn dies unweigerlich die Beschäftigungsprobleme vor allem im Staatssektor⁵² zunächst verschärfen wird. Der bevorstehende Generationswechsel infolge des 16. Volkskongresses Chinas Ende 2002 mit dem designierten Nachfolger *Jiang Zemins* als neuem Parteichef, *Hu Jintao* (gegenwärtiger Vizepräsident und Vizevorsitzender der Zentralen Militärkommission), bedeutet allerdings eine zusätzliche Unsicherheitskomponente für das kommende Jahrzehnt.⁵³

Eindämmung oder Strategie konstruktiven Engagements gegenüber China? – Fragen nach einer adäquaten westlichen Einbindungsstrategie für das „Reich der Mitte“

Engagement does not mean appeasement. Nor, contrary to the implications of recent administration statements, does the term mean that anything short of engagement/appeasement is isolation.⁵⁴

51 Vgl. Larry Wortzel: Beijing Struggles to Ride the Tiger of Liberalisation. In: Jane's Intelligence Review, 1/2001, S. 26–30, hier S. 26. John Pomfret in: International Herald Tribune, 24.4.2000, S. 9. Petra Kolonko in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23.10.2000, S. 16

52 Vgl. Xuewu Gu in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 4.11.1999, S. 10

53 Vgl. Suzsan V. Lawrence: Primed for Power. In: Far Eastern Economic Review, 22.2.2001, S. 16–20

54 June Teufel Dreyer: U.S.-China Security Relations, S. 65

Die heutige Bedrohungswahrnehmung Chinas und die außenpolitische Fixierung auf eine „*multipolare Welt*“ sind auf die Traumata des Opium-Krieges von 1842 und der Zeit der „*ungleichen Verträge*“ sowie des Boxeraufstandes im Jahr 1900 zurückzuführen, in deren Folge China zu einem halbkolonialen und halbfeudalen Staat sowie die chinesische Bevölkerung zum „*Subjekt der Invasion imperialistischer Mächte*“ degradiert, gedemütigt und unterdrückt wurde („*Jahrhundert der Schande*“ von 1842 bis Maos Sieg im chinesischen Bürgerkrieg im Jahr 1949). Diese Erfahrungen haben ein weit verbreitetes Gefühl der Verwundbarkeit durch innen- und außenpolitische Entwicklungen hinterlassen. Trotz der Unterzeichnung zahlreicher Grenz-, Freundschafts- und Kooperationsverträge in den neunziger Jahren sind so aus der Sicht Chinas viele Fragen, die mit den bestehenden Landgrenzen, den verlorenen Territorien und den maritimen Grenzen zusammenhängen, nicht gelöst und sicherheitspolitisch weiterhin problematisch.⁵⁵

Seit Anfang der neunziger Jahre haben vor allem die ungelöste Taiwanfrage (da Beijing Taiwan als abtrünnige Republik ansieht und sie auch so behandelt), umstrittene territoriale Ansprüche in der Südchinesischen See und die Verschlechterung der Beziehungen mit den USA und Japan das subjektive Gefühl der eigenen Verwundbarkeit weiter akzentuiert. So werden selbst der Kosovo-Krieg und die NATO-Osterweiterung häufig als Teil einer globalen amerikanischen Eindämmungsstrategie Chinas gewertet und mit der amerikanischen Asienpolitik, der Stärkung der bilateralen Militärallianzen und den verteidigungspolitischen Kooperationsbeziehungen mit Japan, Südkorea, den Philippinen, Thailand, Singapur und anderen Staaten in direkte Beziehung gesetzt.

Das historisch erklärbare Gefühl der Verwundbarkeit kontrastiert jedoch inzwischen mit einem zunehmend selbstbewusst vorgetragenen Machtanspruch auf regionaler und globaler Ebene, der auf einen Großmachtstatus analog den USA zielt und auf ein historisch begründetes Überlegenheitsgefühl über andere Staaten und Nationen gründet, galt doch China

55 Vgl. Suisheng Zhao: China's Periphery Policy and its Asian Neighbors. In: Security Dialogue 3/1999, S. 335–346, hier S. 340ff

über Jahrtausende als das Zentrum des Universums.⁵⁶ Vor diesem Hintergrund einer historisch determinierten „*strategischen Sicherheitskultur*“ und zahlreicher sozioökonomischer sowie zunehmender innenpolitischer Probleme steht zu befürchten, dass trotz einer verstärkten wirtschaftlichen Interdependenz eine noch so positiv gestimmte westliche Engagement-Strategie gegenüber China in kurz- und mittelfristiger Perspektive nur bedingt Einfluss auf die politischen Entscheidungen in Beijing haben kann.⁵⁷

Während auf globaler Ebene gegenwärtig von einer strukturellen amerikanischen Unipolarität des internationalen Systems ausgegangen werden kann, gilt dies nicht zwingend auch für die verschiedenen regionalen Strukturen. So kann Ostasien vor und nach Ende des Kalten Krieges als bipolar bestimmte Regionen gelten, wo die USA und China gemeinsam einen Großmachtstatus besitzen. Kaum ein anderer Staat hat jedoch vom Endes des Kalten Krieges und vom globalen sowie regionalen Abstieg Russlands in Asien so profitiert wie die VR China.⁵⁸ Damit sind auch Fragen nach der Berechenbarkeit und Verantwortung der Politik Beijings für die regionale und globale Stabilität verbunden, die primär nur durch die Beschleunigung eines Zuwachs bringenden innenpolitischen Reformprozesses und sekundär durch eine außenpolitische Unterstützung der Einbindung Chinas in die Weltgemeinschaft gefördert werden können.⁵⁹ Dabei stehen zumeist Umfang und der Art der Einbindung Chinas im Mittelpunkt der westlichen Diskussionen, obwohl deren Bedeutung für die innenpolitischen Reformen Chinas auch häufig überschätzt werden.

Die innenpolitischen Diskussionen in den USA in den neunziger Jahren über die richtige China-Strategie orientierten sich im Wesentlichen an den beiden vermeintlich entgegengesetzten Polen „*Engagement*“ und „*Ein-dämmung*“ („*containment*“), deren analytische Verfeinerungen wie „*com-*

56 Vgl. Michael Yahuda: China's Foreign Relations. The Long March, Future Uncertain. In: The China Journal, 1999, S. 650–659, hier S. 651

57 Vgl. David Shambaugh: Containment or Engagement of China? In: International Security, 2, Herbst 1996, S. 180–209

58 Vgl. Robert S. Ross: The Geography of Peace. In: International Security, 4, Frühjahr 1999, S. 81–118, hier S. 83ff

59 Vgl. Rosemary Foot: Chinese Power and the Idea of a Responsible State. In: The China Journal, 1/2001, S. 1–19

„comprehensive engagement“, „constructive engagement“, „conditional engagement“; „coercive engagement“, „constraint“ oder „conengagement“ unterschiedliche Mischungsgrade der beiden Pole implizierten. Tatsächlich ist weder eine reine „Engagement“ noch eine reine „Containment“-Politik angemessen, flexibel und nuanciert genug sowie realistisch umsetzbar gegenüber einer ambivalenten chinesischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik von Kooperation und Konfrontation.⁶⁰ Bei dieser Diskussion über die adäquate Strategie gegenüber China ist kurioserweise oft die Frage übersehen worden, inwieweit die VR China selbst wirklich politisch willens und vor allem im Zuge der schwierigen politischen und sozioökonomischen Transformationsprozesse auch innenpolitisch fähig ist, eine kohärente und kooperationswillige Reform- und Außen- sowie Sicherheitspolitik umzusetzen und sich auf diesem Wege konstruktiv in das internationale Staatensystem einbinden zu lassen.⁶¹ So ist zwar die ökonomische Integration trotz aller sozioökonomischer Probleme in der Weltwirtschaft stetig vorangeschritten, doch gleichzeitig ist die innenpolitische Legitimität der KP Chinas vor dem Hintergrund der Erosion der kommunistischen Ideologie mehr denn je von einer positiven wirtschaftlichen Entwicklung, der Hebung des allgemeinen Lebensstandards, der Schaffung neuer Arbeitsplätze für die nächste Generation und der Aufrechterhaltung von Arbeitsplätzen im Zuge der Reform sowie der Schließung der zahlreichen unrentablen Staatsbetriebe abhängig.

Weitgehend Einigkeit unter den westlichen Experten besteht allerdings dahingehend, dass das westliche Engagement selbst nicht das Ziel, sondern nur das Mittel und die allgemeine Strategie ist, um das eigentliche strategische Ziel zu erreichen: die schrittweise Integration Chinas in die

60 Vgl. Phillip P. Saunders: A Virtual Alliance for Asian Security. In: Orbis, Frühjahr 1999, S. 237–256, hier S. 239f

61 Vgl. Phillip C. Saunders: Supping with a Long Spoon. Dependence and Interdependence in Sino-American Relations. In: The China Journal, 1/2000, S. 55–81, hier S. 81

Weltwirtschaft und die internationale Staatenwelt.⁶² Darüber hinaus ist bei den westlichen Diskussionen auffällig, dass das chinesische Image einer großen sowie äußerst komplexen Zivilisation (zur Begründung des eigenen Großmachtstatus), welches im Westen nicht oder zumindest nicht ausreichend verstanden würde, von Beijing politisch instrumentalisiert wird. So werden dieses Image Chinas und dessen politische Manipulierung durch Beijing auch von westlichen China- und Asienexperten häufig nicht mehr kritisch hinterfragt.⁶³

Dennoch kann nicht bezweifelt werden, dass es gute Gründe für eine prinzipielle Kooperations- und Engagementpolitik gegenüber Beijing gibt. Ähnlich wie in Europa hinsichtlich der Einbindung Russlands wird in Asien und im Westen prinzipiell anerkannt, dass langfristige Sicherheit und regionale Stabilität nur mit und nicht gegen China garantiert werden können. Dass Sicherheit *gegen* China keine regionale Stabilität verspricht, wird man kaum bestreiten. Doch wie bei der russischen Frage in Europa ist unsicher, ob auch langfristige regionale Sicherheit *mit* China aufgebaut werden kann, wenn die tradierte „*strategische Sicherheitskultur*“, die komplizierten innenpolitischen Rahmenbedingungen und das überholte Souveränitätsverständnis Chinas berücksichtigt werden und Letzteres nicht substanziell neu definiert wird.⁶⁴

62 Vgl. David Shambaugh: Containment or Engagement of China? In: International Security, 2, Frühjahr 1996, S. 180–209. James Shinn (Hg.): Weaving the Net. Conditional Engagement with China. New York 1996. Alastair Iain Johnston, Robert S. Ross (Hg.): Engaging China: The Managing of an Emerging Power. London 1999. Gerald Segal: East Asia and the Constraint of China. In: International Security, 4, Frühjahr 1996, S. 107–135. Zhalmay Khalilbad: Congage China. Santa Monica 1999 (=RAND-Paper IP-187)

63 Vgl. Frank Umbach: Politische Konflikte und Strategische Verschiebungen in Ostasien. In: W. Wagner u.a. (Hg.): Jahrbuch Internationale Politik 1997–1998. München 2000, S. 256–266, hier S. 264ff

64 Immerhin sind einige andere Fragen im Zuge der Einbindung Chinas in den letzten Jahren sukzessiv modifiziert und neudefiniert worden, so dass durchaus ein langsamer adaptiver Lernprozess auf chinesischer Seite konstatiert werden kann. Vgl. Alastair Iain Johnston, Paul Evans: China's Engagement with Multilateral Security Institutions. In: Alastair Iain Johnston, Robert S. Ross (Hg.): Engaging China, S. 235–272

Hierzu bedarf es vielmehr einer kohärenten westlichen Politik im Sinne eines „*Conditional Constructive Engagements*“. Doch resultieren nicht wenige Probleme der westlichen Chinapolitik gerade in der Unzulänglichkeit, weder im EU- noch im transatlantischen Rahmen eine wirklich kohärente und gemeinsam abgestimmte Politik gegenüber Beijing umzusetzen. So ist die EU-Politik trotz einer Verstärkung der sicherheitspolitischen Beziehungen durch die Teilnahme am *ASEAN Regional Forum (ARF)* und von europäischen Experten an den Arbeitsgruppen des *Council for Security Cooperation in Asia-Pacific (CSCAP)* vor allem gegenüber China von primär ökonomischen Interessen determiniert, während regionale ordnungspolitische Gesichtspunkte angesichts einer zunehmenden China-Fixierung europäischer Asienpolitik ungenügend berücksichtigt werden. Beijing hatte so keine Schwierigkeiten, die daraus resultierenden Divergenzen im westlichen Lager und bei den asiatischen Verbündeten der USA wiederholt auszunutzen und die einzelnen europäischen Staaten gegeneinander sowie die USA gegen die EU politisch auszuspielen.⁶⁵

Vor diesem Hintergrund und dem einer zunehmend divergierenden Asienpolitik zwischen der EU und den USA ist ein transatlantischer „*Track II-Prozess*“, bei dem Ministerialvertreter und wissenschaftliche Experten von beiden Seiten zusammenkommen und Politikempfehlungen erarbeiten, zur Konsultation und Abstimmung der Asienpolitik notwendiger denn je.⁶⁶

Schlussfolgerungen und Perspektiven

Einst hatte Admiral *Zheng He* während der *Ming*-Dynastie (1371 bis 1435) insgesamt sieben Handels- und Erkundungsfahrten in nicht weniger als 37 Staaten (von Vietnam bis nach Arabien) unternommen. Dennoch konnte sich das „*Reich der Mitte*“ nicht entschließen, die neuen kommerziellen und diplomatischen Kontakte zur Öffnung und Hebung des Le-

65 Vgl. Hanns W. Maull: Reconciling China with International Order. In: *The Pacific Review*, 4/1997, S. 466–479. Kay Möller: Germany and China: A Continental Temptation. In: *China Quarterly*, 9/1996, S. 707–725. Ders.: The West and China: Crusaders and Cynics. In: *Contemporary Southeast Asia*, 12/ 1997, S. 351–368

66 So auch von amerikanischer Seite. Vgl. David Shambaugh: a.a.O., S. 59f

bensstandards in China zu nutzen, sondern war in einen Isolationismus zurückgefallen, der den historischen Abstieg Chinas in der Weltpolitik einleitete und einige Jahrhunderte später, im 19. Jahrhundert, in der Ära der „Schande, Demütigung und kolonialen Unterdrückung“ durch ausländische Mächte endete. Hieraus leitet sich Chinas „*strategische Sicherheitskultur*“ ab, die auf die Bewahrung einer absoluten Souveränität und Unabhängigkeit des Landes gerichtet ist.

Während China heute wieder von einer Position der Stärke aus agieren und seinen Souveränitätsanspruch aktiv und erfolgreich verteidigen kann, muss Beijing unglücklicherweise feststellen, dass dieser absolute Souveränitätsanspruch inzwischen nicht länger existiert. Die Welt und auch das überkommene chinesische Souveränitätsverständnis des 19. Jahrhunderts, welches ausschließlich auf der Souveränität von Staaten beruhte, haben sich in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts grundlegend gewandelt. Nationale Grenzen und die Souveränität über das eigene Territorium und seine darin lebende Bevölkerung sind nicht mehr „*absolut*“. Transnationale Herausforderungen verlangen nach transnationalen, multilateralen oder gar supranationalen Lösungen, die einen Verzicht auf Souveränität und die Akzeptanz globaler, völkerrechtlicher Normen und Werte (wie der Menschenrechte) voraussetzen oder schrittweise erzwingen. Dabei kommen die Globalisierung und die weltumspannende Vernetzung von Information neuen internationalen Akteuren, wie Nichtregierungsorganisationen (NGOs) und multilateralen Konzernen, sowie den Demokratisierungsprozessen entgegen. Zudem werden in hohem Maße zentralistische wirtschaftliche und politische Entscheidungsprozesse geschwächt und dezentrale gestärkt.

Dem steht in China aber nach wie vor eine Weltsicht des 19. Jahrhunderts entgegen. Das außenpolitische Agieren Chinas erinnert daher auch häufig an ein wilhelminisches Deutschland, das als zu spät gekommene Großmacht mit aller Gewalt einen gleichrangigen Platz im Konzert der Mächte sucht und dabei auch nicht vor der Androhung oder gar Anwendung von Gewalt als Mittel zur Durchsetzung seiner Politik zurückschreckt. Dies wird nicht nur bei der Taiwan-Problematik deutlich, auch der Souveränitätsanspruch auf fast 90 Prozent des gesamten Südchinesischen Meeres hat nicht zuletzt wegen der in China so wahrgenommenen großen Bedeutung der Energie- und anderer Meeresressourcen (ins-

besondere auch Fisch und Mineralien) eine immer größere nationale Bedeutung erlangt.

Wenn Europas Vergangenheit nicht Asiens Zukunft sein soll, muss die internationale Gemeinschaft adäquate und realistische Strategien, Instrumente und Wege finden, eine aufsteigende Großmacht wie China konstruktiv international einzubinden, ohne dabei jedoch die eigenen regionalen Sicherheitsinteressen Chinas und diejenigen seiner kleineren asiatischen Nachbarstaaten zu übersehen. Diese konstruktive, aber keineswegs einseitige und bedingungslose Einbindung gilt auch für die chinesischen Streitkräfte. Hier kann Europa einen wichtigen Beitrag leisten und die Kontakte zur VBA quantitativ und qualitativ ausbauen. Letztendlich hängt jedoch eine Entwicklung zu eventuell konfrontativeren Beziehungen zwischen China und den USA, aber auch Indien und Japan, von der weiteren innenpolitischen Entwicklung Chinas ab. Hierauf haben der Westen und die asiatischen Nachbarstaaten Chinas aber nur wenig Einfluss, auch wenn die ökonomischen Interdependenzen weiter voranschreiten.

Frank Umbach, M.A.

Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Forschungsinstitut
der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, Berlin